

Verlags-PA: 2700 Wr. Neustadt;
Aufgabepostamt: 2214 Auersthal
Vertragsnummer: GZ 02Z032657 S

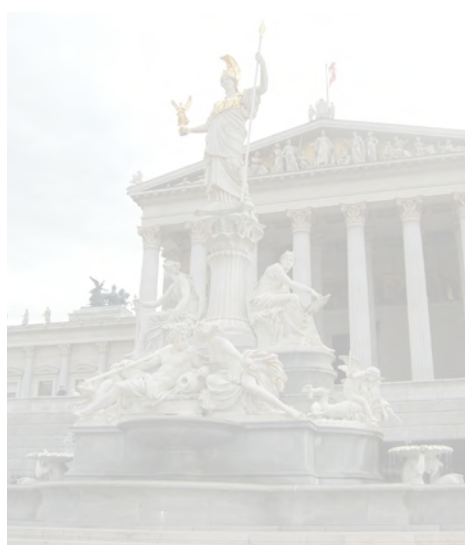
Österreichische Post AG
Sponsoringpost



IGBO- NACHRICHTEN

der Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere

Ausgabe 02/2022



Dem Bundesheer kommt mehr Bedeutung zu.

Die IGBO verlangt vom zuständigen
Vizekanzler Mag. Kogler
die Umsetzung des BDG
für die Offiziere des Bundesheeres!

Mitgliederversammlung der IGBO

Die Einberufung zur Mitgliederversammlung der IGBO 2022
finden Sie auf Seite 3



Die Plattform Wehrpflicht für ein wehrhaftes Österreich:

Der 9. Tag der Wehrpflicht 2022 war ein Erfolg!

Schon jetzt den nächsten Termin vormerken: 20. Jänner 2023



Empfänger:

Im AusIE bitte nachsenden; bei Versetzung bitte unter Angabe der neuen Dienststelle an Zustelladresse (Impressum) zurücksenden.

Worte des Präsidenten:

Werte Mitglieder der IGBO! Geschätzte Leserinnen und Leser unserer Mitteilungen!

Wir leben in einer gefährlichen Zeit, so meine ich.

Der Konflikt zwischen Russland und dem Westen bestimmt momentan das Geschehen. Was uns jahrzehntlang als unmöglich eingeredet wurde, ist Realität geworden: Krieg in Europa!

Der Zusammenhalt innerhalb der einzelnen Staaten und der EU scheint dadurch enger geworden zu sein. Auch wenn unverändert nationale Interessen gegeben sind. Die Spaltung der Gesellschaft in allen Ländern durch die hohe Inflation und Preissteigerungen wird hingegen größer.

Das wirkt sich natürlich auch auf die EU aus, weil dort ja letztlich die gleichen handelnden Personen die Entscheidungen treffen, wie in den einzelnen Mitgliedsstaaten.

Die Erkenntnis, vom gefährlichen „Partner“ Russland unabhängig sein zu wollen, macht sich breit.

Da ist es wohl nachvollziehbar, dass in vielen Staaten mehr Geld für die Landesverteidigung ausgegeben werden soll, als dies bisher der Fall war.

Auch für das Bundesheer sind Auswirkungen spürbar, zumindest in einem gewissen Rahmen.

So wurden einige Beschaffungen eingeleitet und Entscheidungen getroffen, die als richtig und notwendig beurteilt werden müssen.

Das macht Mut, gibt Hoffnung, künftige Aufträge mit Aussicht auf Erfolg bewältigen zu können.

Daher ist es wichtig, über den Tellerrand hinaus zu blicken und zu sehen, was in vergleichbaren Ländern Europas geschieht. Das haben wir beim heurigen Tag der Wehrpflicht auch getan und können feststellen: In manchen Bereichen können wir durchaus mithalten, haben aber in einigen Defizite. An deren Behebung sollten wir dringend arbeiten.

Dazu sind politische Entscheidungen für unsere Landesverteidigung notwendig, die endlich getroffen werden müssen. Damit sie als „richtige Entscheidungen“ beurteilt werden können.

Neben den noch ausstehenden Entscheidungen über Beschaffungen für das Bundesheer ist dabei aus unserer Sicht die Frage des Umganges mit den Führungskräften entscheidend. Führungskräfte sind bekanntlich auch die Offiziere des Bundesheeres.

Und die haben Jahrzehnte hindurch nicht nur ein dreijähriges Studium absolviert. Sie haben sich auch einer permanenten Aus-, Fort- und Weiterbildung unterzogen. Zwar lange ohne dadurch einen akademischen Grad zu erlangen, aber nicht minder wertvoll und entsprechend zu bewerten!

Daher verlangt die IGBO zu Recht:

- alle Offiziere sind so zu behandeln, als ob sie ein reguläres Bachelor-Studium absolviert hätten.

- alle Offiziere sind daher grundsätzlich in einen einzurichtenden M1-Bachelor-Staffel zu überstellen.

- alle Offiziere, die Arbeitsplätze bekleiden, für die der FH-Masterstudiengang Militärische Führung Voraussetzung ist, sind als Vollakademiker zu behandeln.

Die IGBO findet es als beschämend, dass man für die Beamten der allgemeinen Verwaltung einen Bachelorstaffel eingerichtet hat, für die Offiziere des Bundesheeres aber nicht!

Obwohl man ständig nach dem Bundesheer ruft, weil man ohne dessen Beamte und Beamtinnen nicht auskommt!

Das hat auch in Zusammenhang mit den Auslandseinsätzen zu einer bedenklichen Mehrbelastung geführt. Tatsächlich ist das Bundesheer und dessen Personal an

seiner Leistungsgrenze angelangt!

Es ist höchst an der Zeit, die Ungleichbehandlung der Offiziere des Bundesheeres zu beenden. Denn sonst wird es über kurz oder lang diese Spezies nicht mehr im erforderlichen Umfang geben! Denn wer lässt es sich auf Dauer gefallen, ein Studium zu absolvieren, um einen bestimmten Beruf ausüben zu können, und dann als „Maturant“ entlohnt zu werden?

Die große Mehrheit muss sich im Vergleich mit der Allgemeinen Verwaltung „ungleich“ behandelt fühlen. Das ist jedenfalls rechtlich bedenklich.

Das wirkt sich vor allem auch auf unseren so dringend benötigten Nachwuchs aus.

Wir verlieren laufend gut ausgebildete Führungskräfte an andere Ressorts und an die Privatwirtschaft. Und das scheint höchst unvernünftig und finanziell untragbar!

Wenn man etwa an den neu einzurichtenden Studiengang für IT-Spezialisten denkt, dann stellt die derzeit gültige Einstufung als „Maturant“ wohl ein deutliches Hindernis bei der Personalgewinnung und vor allem beim Halten des Personals in der Organisation dar.

Eine andere Behandlung dieser Absolventen im Vergleich zu den Absolventen des Studienganges Militärische Führung ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel.

Wir erwarten uns daher eine unverzügliche politische Lösung unserer Bewertung im Sinne unserer Forderungen!

Denn man kann auf unsere Leistungen nicht verzichten und wir wollen uns auch nicht mehr länger hinhalten lassen!

TREU BIS IN DEN TOD!

Ihr
Dr. Siegfried Albel, Obst a.D.
www.igbo.at
www.wehrhaftes-oesterreich.at

Einberufung der Mitgliederversammlung 2022

Ich berufe die MV 2022 der IGBO wie folgt ein: **Die MV findet am 24.11.2022 ab 1800 Uhr elektronisch statt. Der Link dazu lautet:** <https://app.alfaview.com/#/join/01GGCQX5G38QZ8SFVB31CFQEX6/2dba89b1-ed89-559f-8a46-2214bea09eee/kP8QuzyPVAGZXF-0CHoKWxlcGXflVfCTm/v2>

Tagesordnung:

- 1) Begrüßung
- 2) Verlesung und Genehmigung der Tagesordnung
- 3) Verlesung u. Genehmigung des Protokolls der MV 2021
- 3) Berichte der Funktionäre
- 4) Bericht und Antrag der Revisoren, dessen Diskussion und Beschlussfassung
- 5) Anträge, deren Diskussion und Beschlussfassung
- 6) Allfälliges

Anträge müssen bis 21.11.2022 beim Präsidenten eingelangt sein, um behandelt werden zu können.

Der Präsident der IGBO:
Dr. Siegfried Albel, Obst a.D.

Durch die nochmalige elektronische Durchführung der Mitgliederversammlung 2022 sollte auch bei der gegebenen Personalknappheit und dienstlicher Beanspruchung möglichst vielen Offizierinnen und Offizieren die Teilnahme ohne langwierige Reisezeiten und damit verbundenen Kosten möglich sein. Daher ersucht der Vorstand Sie alle, an der Versammlung teilzunehmen.

Besonders zu diskutieren wird sein, warum seitens des BM Mag. Kogler und seinem Ministerium zwar für die Unteroffiziere des Bundesheeres Verbesserungen zugestanden werden, für die Offiziere aber nicht? Obwohl dem Vernehmen nach das BMLV dies auch forderte!

Was also haben Kogler und Co. gegen die Offiziere des Bundesheeres? Ist es, weil die Offiziere des Bundesheeres international ständig höchste Anerkennung finden? Oder ist es die geringe Anzahl der Betroffenen und damit das geringe Wählerpotential? Das könnte man unter-

stellen, wenn man die Folgen bedenkt:

Das BMLV fordert ein absolviertes Studium als Voraussetzung für die Zulassung zum Beruf als Berufsoffizier. Das BM für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport bewertet die für die Berufsoffiziere vorgesehenen Arbeitsplätze aber als Arbeitsplätze für Maturanten. **Und niemand in der Bundesregierung ist imstande, das zu ändern? Alle sind der Meinung, dass dies eine gerechte Lösung sei?**

Wir sagen: Nein, so ist das nicht zu sehen. Es ist eine Ungleichbehandlung und daher rechtswidrig, wenn man in der Allgemeinen Verwaltung entsprechend dem BDG einen Bachelorstaffel vorsieht, bei den Militärpersonen aber nicht. Es kann nicht sein, dass aus welchen Gründen auch immer, die Mehrheit in der Bundesregierung das geschehen lässt!

Noch dazu, wo der Bundeskanzler selbst einmal Berufsoffizier war und wir eine zunehmend riskante Situation vorfinden!



Der ÖBV
Unfallschutz

Ihr Lächeln-
für uns
unbezahlbar.

Wir machen den Unfallschutz für Sie bezahlbar:

Denn Ihr Lächeln liegt uns am Herzen.

Nähere Infos auf www.unfallschutz.at

- > Flexible Lösungen für jede Lebensphase
- > Leistungen als Bausteine individuell wählbar
- > Bis zu 600 % Leistung bei dauernder Invalidität

Weitere Produktinformationen finden Sie in den Basisinformationsblättern unter www.oebv.com/bib

Zum Glück gibt's die ÖBV. www.oebv.com



Geschätzte Mitglieder der IGBO!
Werte Freunde und Förderer der
IGBO!

Gestatten Sie mir mich dafür zu entschuldigen, dass die Kommunikation mit Ihnen dieses Jahr beeinträchtigt erfolgte. Zum einen war ich noch vor dem Jahreswechsel und bis August ernsthaft erkrankt. Zum anderen wirkte sich das Geschehen im Bundesheer natürlich auch auf unsere Funktionsträger durch eine besondere berufliche Belastung aus. Daher waren wir so wenig verfügbar. Zumindest was mich betrifft, scheinen die Voraussetzungen nun wieder deutlich besser zu sein.

Unsere Frau Bundesministerin hat am 21. Oktober 2020 im Gespräch mit mir die Tatsache, dass die Offiziere des Truppendienstes nicht als Akademiker eingestuft sind, als „Ungleichbehandlung“ bezeichnet. So das spontane und für mich bemerkenswerte Urteil einer Juristin! Sie hat es verstanden, die finanzielle Situation des Bundesheeres zwischenzeitig deutlich zu verbessern. Das sollte dem BMLV im Hinblick auf die aktuelle Lage auch ermöglichen, nicht nur für die Wehrpflichtigen eine Verbesserung zu ermöglichen, sondern vor allem für die Offiziere des Bundesheeres.

Wenn für die Ausübung eines bestimmten Berufes eine akademische Qualifikation verlangt wird, muss man auch bereit sein, die Wertigkeit der zugeordneten Arbeitsplätze dieser Qualifikation anzupassen. Das fordern wir und verlangen, dass dies endlich realisiert wird.

Ich glaube, dass unsere Frau Bundesministerin durchaus gewillt ist, die erkannte Ungleichbehandlung zu beenden. Wenn ihr dazu die richtigen Argumente und Umsetzungspläne vorgelegt werden und sie das auch politisch vertreten kann. Das ist, so wurde mir berichtet, auch Gegenstand der Stellungnahme unseres Ressorts zur kommenden Dienstrechtsnovelle 2022. Es liegt also am Vizekanzler Mag. Werner Kogler und dessen Ressort, dem auch zu entsprechen.

Also stellen wir uns der Diskussion um die notwendige Neuordnung des Offiziersberufes unter Einbeziehung aller Offiziere. Stellen wir das Gemeinsame über das Interesse Einzelner! Ich beziehe mich hier sowohl auf den internen Umgang im Offizierskorps als auch auf unser Auftreten nach außen. Gerade beim Auftreten nach außen ist Geschlossenheit relevant. Eine Geschlossenheit, die aber nur entstehen kann, wenn wir intern offen und ehrlich miteinander diskutieren und dadurch zu einem Konsens finden.

Die IGBO versucht unverändert diesen Weg zu beschreiten und steht als kompetenter Gesprächspartner für Abgeordnete zum Nationalrat, Gewerkschaftsfunktionäre sowie höchste Beamte und den Mitgliedern in der Plattform Wehrpflicht jederzeit zur Verfügung. Das gilt natürlich auch für die Mitglieder der Bundesregierung.

Wir vertreten unsere Meinung offen und ehrlich, halten nichts hinter dem Berg, akzeptieren aber andere Meinungen und Argumente, wenn sie sachlich begründet sind.

Daher verlangen wir die Umsetzung der Bestimmungen des BDG, wo die Absolventen der TherMilAk (ohne Einschränkungen!) als Akademiker bezeichnet werden, auch im Dienst- und Besoldungsrecht.

Unsere Arbeitsplätze sind als Arbeitsplätze für Akademiker zu bewerten, weil wir ja Akademiker sind! Ein Argument, das wohl nur schwer zu widerlegen ist, oder?

Zum finanziellen Beitrag zur IGBO:

Sie alle ermöglichen mit Ihrem Jahresbeitrag oder Ihrer Spende unsere Arbeit, das Betreiben unserer Homepage und die schriftlichen Mitteilungen an Sie. Dafür herzlichen und kameradschaftlichen Dank!

Unsere Kontodaten lauten unverändert:

AT59 2011 1288 2705 4100

Empfänger: IGBO

Wir ersuchen unsere Mitglieder, den Beitrag 2022 zu entrichten, falls das noch nicht erfolgt sein sollte. Der Jahresbeitrag beträgt unverändert 10,00 Euro! Mitglieder erhielten / erhalten als kleines „Danke“ dafür unseren Pin (s.o.).

Alle nicht beitragspflichtigen Mitglieder werden um eine Spende ersucht. Unsere Bemühungen betreffen ja alle Offiziere gleichermaßen. Daher richtet sich unsere Bitte an alle, die sich zwar mit unseren Zielen identifizieren, aber nicht ordent-

liches (und daher beitragspflichtiges) Mitglied unseres Vereines sein wollen.

Herzlichen Dank an alle, die uns die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen!

Wir laden Sie auch gleichzeitig zur Mitgliederversammlung 2022 am 24. November ab 18 Uhr ein. Die Versammlung erfolgt nicht zuletzt aufgrund der dienstlichen Belastung und der sehr stark gestiegenen Reisekosten elektronisch (siehe Seite3).



Besonders herzlich lade ich die Angehörigen des heurigen Ausmusterungsjahrganges „Freiherr Lenk von Wolfsberg“ ein, an der Mitgliederversammlung 2022 teilzunehmen und der IGBO beizutreten. Sie sind ja nun genauso direkt von dieser Ungleichbehandlung betroffen, wie Generationen von Offizieren vor Ihnen.

Herzliche Gratulation zum Bachelor und zum Leutnant! Es war ein würdiges Fest und auch der Ausmusterungsscherz war zielgenau gesetzt!

Leider fand die traditionelle Ausmusterungsparade auch heuer nicht statt.

Mit großer Freude haben wir alle aber die Ankündigung der Frau Bundesministerin vernommen, dass im kommenden Jahr wieder anlässlich der Ausmusterung paradiert werden soll.

Das wird dann wieder eine würdige Ausmusterung mit besonderer Anerkennung für die Absolventen und Absolventinnen unserer Alma Mater Theresiana.

Mit respektvollen kameradschaftlichen Grüßen Ihr

**Tit. Prof. Dr. Siegfried Albel,
Obst a.D.**

Präsident der IGBO

www.igbo.at
www.wehrhaftes-oesterreich.at

General Rudolf Striedinger tritt Amt als neuer Generalstabschef an

Wien (OTS) - Am Donnerstag, den 20. Oktober 2022, trat General Rudolf Striedinger im Beisein von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner bei einem militärischen Festakt in der Maria-Theresien-Kaserne sein Amt als Chef des Generalstabes des Österreichischen Bundesheeres an.

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner: „Ich gratuliere General Rudolf Striedinger zu seiner neuen Aufgabe. Ich freue mich über einen so erfahrenen Offizier als Generalstabschef. Er wird sein militärisches und strategisches Know-how aus seinen Zeiten als Kommandant und Leiter in herausfordernden Positionen im Militär und sein Gespür für unser Bundesheer, für unsere Soldatinnen und Soldaten und für alle, die im Bundesheer tätig sind, einbringen. Immerhin stehen neue Zeiten für das Bundesheer heran: Jetzt gilt es, die militärische Kernkompetenzen auszubauen und diese zu stärken. Dazu ist Rudolf Striedinger genau der richtige Offizier an der Spitze des Generalstabs.“

Generalstabschef General Rudolf Striedinger: „Wir werden in den nächsten Jahren die militärische Landesverteidigung wieder stärken. Mit dem zusätzlichen Budget werden wir insbesondere in den Schutz und die Waffenwirkung der Soldatinnen und Soldaten investieren, die Mobilität am Boden und in der Luft verbessern und unsere Infrastruktur autark gestalten. Darüber hinaus werden wir wieder vermehrt üben, auch im öffentlichen Raum, und damit auch unser Personal, vor allem die Miliz, stärken. Die Assistenzeinsätze sollten wir dabei auf das absolut Notwendigste konzentrieren.“

Führungspositionen seit 20 Jahren

General Rudolf Striedinger (60) begann seine militärische Laufbahn im Jahr 1979, als er zum Präsenzdienst einrückte. Von 1980 bis 1983 besuchte er die Theresianische Militärakademie und wurde 1983 stellvertretender Kommandant sowie Ausbildungsoffizier einer Ausbildungskompanie im Landwehrstammregiment 32 in Niederösterreich. Von 1987 bis 1989 war Striedinger Kommandant der Ausbildungskompanie sowie anschließend Kommandant der Stabskompanie des Landwehrstammregiments 32. Im Jahr 1988 absolvierte er die Generalstabs-

ausbildung. Danach war er unter anderem stellvertretender Chef des Stabes im Militärkommando Wien sowie Referatsleiter im Generalstab des Verteidigungsministeriums sowie ab 2002 Leiter des Generalstabsbüros sowie Abteilungsleiter der Generalstabsabteilung. Er war in dieser Funktion neun Jahre für die unmittelbare Unterstützung des Generalstabschefs und die Koordinierung des Generalstabs mit der politischen Leitung des Ressorts zuständig, bevor er ab 2011 als Kommandant des Militärkommandos in Niederösterreich tätig wurde. In dieser Zeit war Striedinger maßgeblich an der Attraktivierung des Wehrdienstes beteiligt.

Im Jahr 2016 wechselte er als militärischer Leiter in das Abwehramt. Im Jahr 2020 war er als Stabschef von Verteidigungsministerin Tanner tätig und ab Juli 2021 als Leiter der Generalstabsdirektion sowie stellvertretender Generalstabschef. Er ist damit bereits seit 20 Jahren in höchsten Führungsfunktionen tätig.

General Striedinger absolvierte Kurse an der NATO-Schule in Oberammergau und war im Jahr 2006 Kommandant des österreichischen Kontingents sowie der „Task Force North“ der Mission EUFOR/ALTHEA in Bosnien und Herzegowina. Darüber hinaus war er in seiner Funktion als Leiter des Abwehramts regelmäßig mit ausländischen Nachrichtendiensten in Kontakt.

Rudolf Striedinger wohnt in Niederösterreich, ist verheiratet und Vater von sechs Kindern.

Rückfragen & Kontakt:
Bundesministerium für Landesverteidigung
Presseabteilung+43 664-622-1005
presse@bmlv.gv.at
<http://www.bundesheer.at>
@Bundesheerbauer

Die IGBO hat den Herrn General Mag. Rudolf Striedinger bereits durch einen Beitrag auf der Homepage respektvoll begrüßt und ihm zur Bestellung sowie zur Beförderung kameradschaftlich gratuliert.

Wir wünschen dem Chef des Generalstabes viel Erfolg bei seinem Wirken für das Österreichische Bundesheer und ersuchen ihn höflichst, das Hauptanliegen der Offiziere des Truppendienstes zu unterstützen.

WIR SIND AKADEMIKER UND WOLLEN ALS SOLCHE DIENST- UND BESOLDUNGSRECHTLICH BEHANDELT WERDEN!

Tagesbefehl der Frau BM Klaudia Tanner anl. der Budgeterhöhung

Werte Soldatinnen und Soldaten, werte zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Wien (OTS) - Der Krieg in der Ukraine hat die Herausforderungen in der internationalen und europäischen Sicherheitspolitik stark verändert und nach dem 24. Februar 2022 galt es vieles neu zu beurteilen. Es zeigt sich, dass eine gut aufgestellte Landesverteidigung für einen neutralen Staat von existentieller Bedeutung ist. So freut es mich sehr, dass Abgeordnete aller Fraktionen hinter der Notwendigkeit einer Erhöhung des Verteidigungsbudgets stehen – denn die militärische Landesverteidigung hat über Jahre nicht den budgetären Stellenwert erhalten, den sie verdient hat. Jetzt gilt es, die militärische Kernkompetenzen auszubauen und diese zu stärken. Und hier ist uns ein historischer Schritt für das Bundesheer gelungen: **16 Milliarden Euro Verteidigungsbudget in den kommenden vier Jahren!**

Das bedeutet ab dem kommenden Jahr werden dem Bundesheer 3,3 Milliarden Euro zur Verfügung stehen und dieser Wert wird in den kommenden Jahren schrittweise steigen. Über die nächsten vier Jahre wird sich unser Budget um 5,3 Milliarden Euro erhöhen – dies ist eine historische Budgeterhöhung. Die Pensionen sind darin nicht eingeschlossen, diese werden wie bisher aus einem anderen Topf, der UG 23 „Pensionen – Beamtinnen und Beamten“ bezahlt.

Es ist uns auch gelungen, das Heeresbudget mittelfristig abzusichern und für Planungssicherheit zu sorgen. Das Verteidigungsbudget wird durch ein Landesverteidigungsfinanzierungsgesetz (LVFinG) bis 2032, also für die kommenden 10 Jahre, abgesichert. Mit der Beschließung des LVFinG können wir eine Grundlage schaffen, die unserem Bundesheer Planbarkeit und eine klare Entwicklung der Fähigkeiten ermöglicht. Das Österreichische Bundesheer muss im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages darauf vorbereitet sein, Österreich im Ernstfall militärisch zu verteidigen.

Durch den Generalstab wurden daher in den letzten Monaten umfassende Beurteilungen durchgeführt – das

.....
(Vorname, Name)

.....
(Dgrad/Berufstitel/akad. Titel)

.....
(Straße)

.....
(PLZ, Ort)

.....
(Sozialversicherungsnummer)

e-Mail:

.....
(Dienststelle/-geber)

.....
(Straße/Dienstadresse)

.....
(PLZ, Ort/Dienstadresse)

.....
(Ausmusterungsjahr)

Geburtsort:

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre freiwillig und ohne Beeinflussung meinen rechtsverbindlichen Beitritt zur Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO) und stimme der elektronischen Verarbeitung meiner oben angeführten Daten zu.

Ich sage zu, mich auf der Homepage der IGBO (www.igbo.at) als Nutzer zu registrieren. Die dort publizierten Statuten werde ich zur Kenntnis nehmen und erkläre, die darin festgelegten Satzungen einhalten zu wollen.

Mir ist bekannt, dass meine Beitrittserklärung erst durch die Annahme seitens des Vorstandes der IGBO und der Mitteilung darüber rechtswirksam wird.

Ich erkläre, dass (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

- ich bereits Mitglied des ÖGB bin (Mitgliedsnummer:
- ich Mitglied des ÖGB werden und eine Beitrittserklärung dazu von der IGBO erhalten will.
- ich momentan noch nicht Mitglied des ÖGB werden will.

Ferner sage ich zu, Änderungen meiner Daten rasch bekannt zu geben.

....., am.....

.....
(Unterschrift)

Empfänger: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO),
Burgplatz 1, 2700 WR. NEUSTADT
Zustelladresse: Präsident Obst a.D. Dr. Siegfried Albel MSc MSD,
Zur Kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl

Bearbeitung durch den Vorstand der IGBO:

Eingelangt am:

Annahme: ja/nein

Unterschrift:

Ergebnis liegt vor – der Aufbauplan ÖBH2032. Dieser, auf zehn Jahre ausgelegte Plan, dient der Stärkung des Österreichischen Bundesheeres, und zwar im Kernbereich der militärischen Landesverteidigung. Darin werden neue Fähigkeiten geschaffen, um auf dem Gefechtsfeld der Zukunft bestehen zu können.

Dabei stehen die Punkte Mobilität der Einsatzkräfte, Schutz und Wirkung für unsere Soldatinnen und Soldaten sowie Autarkie und Stärkung der Verteidigungsbereitschaft im Vordergrund. Zur Stärkung der Mobilität gehören unter anderem Investitionen in geschützte Fahrzeugflotten, sowie dringend benötigte Transportfahrzeuge. Auch in der Luft werden die Hercules Transportflugzeuge ersetzt und die Hubschrauberflotte wird weiter modernisiert.

Soldatinnen und Soldaten werden mit moderner persönlicher Ausrüstung ausgestattet aber auch die mechanisierten Truppen werden erneuert. Kasernen sollen autark werden um ausreichend Versorgungsgüter und hochwertige Sanitätsversorgung im Krisenfall zur Verfügung zu haben.

Der Kampf im Cyber-Raum und die elektronische Kampfführung sind heute auf dem Gefechtsfeld nicht mehr wegzudenken.

Das sind jedoch nur einige Beispiele und Bereiche für die Investitionen in das Österreichische Bundesheer.

Die Sicherheit der Bevölkerung, die Sicherheit von uns allen, steht an oberster Stelle. Deswegen müssen auch wir uns den modernen Gegebenheiten anpassen, um diese Sicherheit weiterhin so gewährleisten zu können. Ich danke hiermit allen Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbediensteten für ihren unermüdlichen Einsatz für unser Land, für Österreich!

Es lebe das Österreichische Bundesheer! Es lebe die Republik Österreich!

**Magistra Klaudia Tanner
BM für Landesverteidigung**

Rückfragen & Kontakt:

Bundesministerium
für Landesverteidigung
Anna-Maria Roth
Pressesprecherin der Bundesministerin
+43 664 622 1173
anna-maria.roth@bmlv.gv.at
www.bundesheer.

Meinung der IGBO zur Entwicklung des Budgets des ÖBH

Das ist eine erfreuliche und angemessene Maßnahme. Vor allem in Zusammenhang mit einem eigenen Finanzierungsgesetz, das über die festgelegte Gültigkeitsdauer Planungssicherheit signalisiert.

Denn es ist klar, dass Beschaffungen für das Bundesheer sehr zeitaufwendig sind. Es hilft uns daher nicht, wenn wir heute mehr Geld zur Verfügung hätten, aber nicht dann, wenn Ausschreibungen schlagend werden oder daraus resultierende Lieferungen zu bezahlen sind.

Gemeinsam mit den anderen Vereinen der Plattform Wehrpflicht haben wir immer 1% des BIP als Budget für das Bundesheer und Planbarkeit der Budgetmittel gefordert. Diese Forderung scheint nunmehr erfüllt, ja sogar übertroffen.

Wir hoffen, dass der von uns auch eingeforderte politische Konsens in der Frage der Ausgestaltung und Finanzierung der Landesverteidigung keine Eintagsfliege sein wird und zumindest eine breite Mehrheit des Nationalrates auch künftig dazu stehen wird.

Denn es muss allen Abgeordneten und auch allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern bewusst sein, dass Versäumnisse in diesen Fragen im Bedarfsfall nicht ausgeglichen werden können. Das kann und wird grobe Verluste an Menschen und Material nach sich ziehen und auch deutliche Mehrkosten verursachen. **Das aber wäre verantwortungslos!**

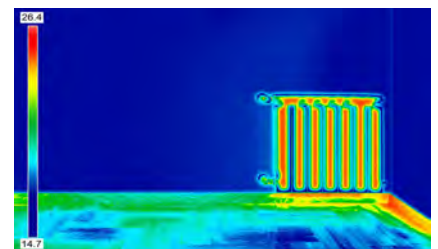
Offen ist in diesem Zusammenhang unsere Forderung nach 6+2 Monaten Dauer des GWD und Wiedereinführung der Übungspflicht für die Miliz. **Ohne Personal hilft auch viel Geld nichts!**

Ministerrat beschließt schrittweisen Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen

Kleine Zeitung - Vor 6 Std.

Quelle: <https://www.msn.com/de-at/nachrichten/politik/ministerrat-beschlie%C3%9Ft-schrittweisen-ausstieg-aus-%C3%B6l-und-gasheizungen/ar-AA13Ea8K?ocid=msedgdhp&pc=U531&cvid=4d12c73f3e5a4bf1badf397253cd11be>

Die Bundesregierung hat am Mittwoch im Ministerrat das klimapolitisch wichtige Erneuerbaren-Wärme-Gesetz (EWG) beschlossen. Dieses sieht den Ausstieg aus Gasheizungen bis 2040 und aus Ölheizungen bis 2035 vor. Die große Hürde für dieses mächtige Gesetz kommt aber erst im Parlament, es braucht nämlich eine Zwei-Drittel-Mehrheit. Die Grünen hoffen auf die Stimmen der SPÖ. Die Wiener SPÖ braucht nämlich das Gesetz, denn in der Hauptstadt befinden sich die meisten Gasheizungen.



Ministerrat beschließt schrittweisen Ausstieg aus Öl- und Gasheizungen
© Bereitgestellt von KLEINE ZEITUNG

Das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz regelt den stufenweise Umstieg von fossilen Heizungen auf erneuerbare Alternativen. Aus Sicht der Grünen ist es ein zentrales Gesetz für den Klimaschutz. Es sieht vor, dass ab 2023 keine Gasheizungen mehr in neuen Gebäuden eingebaut werden dürfen. Für bereits genehmigte, fertig geplante und in Errichtung befindliche Gebäude gibt es Ausnahmen. Ab 2023 dürfen kaputte Öl- und Kohleheizungen nur mehr durch erneuerbare Heizsysteme ersetzt werden. Im Neubau sind Öl- und Kohleheizungen bereits seit 2020 verboten.

**Verbindlicher Tausch alter
Kohle- und Ölheizungen**

Ab 2025 beginnt der verbindliche Tausch von besonders alten Kohle- und Ölheizungen. Das betrifft alle Öl-Heizungen, die älter als Baujahr 1980 sind. Ab 2035 sollen dann alle Öl-Heizungen getauscht werden und bis 2040 erfolgt die Umstellung aller Heizungen in Österreich auf Erneuerbare Energien. Bis 2040 müssen alle Gasheizungen ersetzt oder mit erneuerbarem Gas betrieben werden. Bei dezentralen Anlagen (Gasetagenheizungen in Wohnungen) in

Gebieten mit ausgebauter Fernwärme soll bis spätestens 2040 umgestellt werden. Eigentümern der einzelnen Nutzungseinheiten (Wohnungen) soll der Anschluss an ein klimafreundliches zentrales Wärmeversorgungssystem ermöglicht werden.

Förderprogramm umfasst zwei Milliarden Euro

Begleitet wird der Umstieg auf erneuerbare Heizungssysteme von einem Förderprogramm. Bis 2026 stehen insgesamt rund zwei Milliarden Euro zur Verfügung. Private Haushalte bekommen beim Tausch eines alten Ölkessels 7.500 Euro Bundesförderung. Für den Umstieg von einer Gasheizung gibt es 9.500 Euro. Auch für die Renovierung von Gebäuden stehen Förderungen bereit. Für den mehrgeschoßigen Wohnbau gibt es spezielle Förderschienen. Für Menschen mit geringem Einkommen werden durch die Förderung „Sauber Heizen für alle“ bis zu 100 Prozent der neuen Heizung gefördert.

„Schmerzhaft Abhängigkeit beenden“

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler (Grüne) bezeichnete

das Gesetz als wichtigen Schritt, um die „schmerzhaft Abhängigkeit von russischem Gas“ zu beenden. Ein Viertel des Gases werde von den Haushalten verbraucht, dieses wolle man mit dem Ausstieg aus fossilen Energien einsparen. „Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns brutal vor Augen geführt, wie angreifbar unsere Energieversorgung ist. Die Antwort darauf kann nur lauten: Raus aus russischem Gas. Mit dem Erneuerbaren-Wärme-Gesetz machen wir einen weiteren großen Schritt auf diesem Weg“, so Gewessler. „Jede alte Öl- und Gasheizung, die wir tauschen, macht uns unabhängig von Russland und schützt unser Klima. Mit dem EWG haben wir heute den Fahrplan für dieses Großprojekt beschlossen.“

Biogas-Ausnahme bleibt im Gesetz

Das Vorhaben der Grünen, die im Gesetz vorgesehene Ausnahme für Biogas heraus zu verhandeln, ist nicht gelungen. Im Gesetz heißt es, dass bis 2040 alle Gasheizungen in Österreich durch ein modernes, erneuerbares Heizsystem ersetzt oder mit erneuerbarem Gas betrieben werden müssen. Unter erneuerbarem Gas, auch Grünes Gas genannt, versteht man unter anderem aufbereitetes Biogas, das aus landwirtschaftlichen Abfällen gewonnen wird, zum anderen aber auch Methan, das aus mit Wind, Sonne oder Wasser erzeugtem Wasserstoff produziert wird.

Grünen-Klimasprecher Lukas Hammer spricht in diesem Zusammenhang immer wieder von einem „Märchen“ vom Biogas, das die ÖVP-dominierte Wirtschaftskammer erzählen würde. 2021 seien 0,13 Terawattstunden (TWh)

Biogas produziert, das sei ein Bruchteil der 90 TWh Gas, die jährlich in Österreich verbrannt werden. Selbst wenn Österreich das komplette Biogas-Potenzial ausschöpfe, sei es absurd zu glauben, man könne damit eine Million Gasheizungen, davon über 400.000 Thermen in Wien, versorgen.

Die Gasbranche selbst schätzt, dass 2040 bis zu einem Drittel der 90 TWh Gas erneuerbar erzeugt werden kann. Hammer sagt, dieses Gas werde in den Teilen der Industrie gebraucht, wo es keine Alternativen zu Gas gibt.

Gespräche mit den Oppositionsparteien

Mit dem Beschluss im Ministerrat wird die Regierungsvorlage nun an das Parlament übermittelt. Für den Beschluss des Erneuerbaren-Wärme-Gesetzes ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit erforderlich. Dazu werden die Regierungsparteien nun Gespräche mit den Oppositionsparteien führen. Das Erneuerbaren-Wärme-Gesetz bildet auch die Beschlüsse der Bundesländer zur Wärmestrategie ab. Die zentralen Eckpunkte wurden von Bundesregierung und Bundesländern gemeinsam erarbeitet und gemeinsam beschlossen.

Eine persönliche Anmerkung:

Wir haben unseren Haushalt vor 2 Jahren auf Photovoltaik mit Batteriespeicher und Luftwärmepumpe umgestellt, weil wir einerseits möglichst autark sein wollten und andererseits die Förderungen schon damals sehr attraktiv waren.

Autarkie ist ja auch für das ÖBH ein Thema.

Jedenfalls gereicht uns die getroffene Entscheidung heute sehr zum Vorteil!

Wer die Möglichkeit dazu hat, sollte dies wahrnehmen. Auch Hausgemeinschaften sollten das prüfen. Wenn man will, findet man auch immer eine Finanzierungsmöglichkeit!

An die Politik richte ich die Bitte, für in das Netz eingespeisten Strom einen vernünftigen Preis festzulegen! AS

Impressum:

Herausgeber: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO)

Medieninhaber: Obmann Obst a.D. Dr. Siegfried Albel, MSD, MSC

Alle: c/o Burgplatz 1, 2700 Wiener Neustadt;

Zustelladresse: Zur Kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl

DVR.: 0651346; ZVR-Nr.: 282799835; www.igbo.at

Verlagspostamt: 2700 Wr. Neustadt; Aufgabepostamt: 2214 Auersthal;

Vertragsnummer: GZ 02Z032657 Sponsoring Post

Druck: Riedeldruck G.m.b.H., 2214 Auersthal